

# Laibacher Zeitung.

Nr. 36.

Mittwoch am 13. Februar

1856.

Die „Laibacher Zeitung“ erscheint, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage, täglich, und kostet sammt den Beilagen im Comptoir ganzjährig 11 fl., halbjährig 5 fl. 30 kr., mit Kreuzband im Comptoir ganzjährig 12 fl., halbjährig 6 fl. Für die Zustellung in's Haus sind halbjährig 30 kr. mehr zu entrichten. Mit der Post portofrei ganzjährig, unter Kreuzband und gedruckter Adresse 15 fl., halbjährig 7 fl. 30 kr. — Insetionsgebühr für eine Spaltenzeile oder den Raum derselben, für einmalige Einschaltung 3 kr., für zweimalige 4 kr., für dreimalige 5 kr. G. M. Inserate bis 12 Zeilen kosten 1 fl. für 3 Mal, 50 kr. für 2 Mal und 40 kr. für 1 Mal einzuschalten. In diesen Gebühren ist nach dem „provisorischen Geetze vom 6. November 1850 für Insetionsblätter“ noch 10 kr. für eine jedesmalige Einschaltung hinzu zu rechnen.

## Amtlicher Theil.

Se. k. k. Apostolische Majestät geruhen nach Inhalt eines Allerhöchsten Handschreibens vom 7. Februar l. J. den Hofrath der mährischen Statthalterei, Johann Karl Ritter v. Böhm, unter Bezeichnung der Allerhöchsten Zufriedenheit mit seiner vieljährigen treuen und ersprießlichen Dienstleistung, in den bleibenden Ruhestand zu versetzen, und an seine Stelle den Hofrath Johann Freiherrn v. Mezburg von der Landesregierung in Krakau zur Statthalterei in Brünn zu versetzen, und den Statthaltererath der Osnier Statthalterei, Abtheilung, Heinrich Grafen Clam-Martiniß, zum Hofrath bei der Landesregierung in Krakau allergnädigst zu ernennen.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben laut Allerhöchsten Handschreiben vom 7. Februar l. J. den Hofrath der kroatisch-slavonischen Statthalterei, Benedikt v. Lentulaj, zum Besitzer des Obersten Arbarial-Gerichtshofes in Wien, und den Finanz-Komitatsvorstand, Ernest Freiherrn v. Kellersperg, zum Hofrath bei der genannten Statthalterei allergnädigst zu ernennen geruht.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 7. Februar l. J. den Statthaltererath in Preßburg, Adalbert Freiherrn v. Buol zu Bernburg und Müllingen, zum Kreishauptmann in Olmütz allergnädigst zu ernennen geruht.

Am 9. Februar l. J. wird in der k. k. Hof- und Staatsdruckerei in Wien das V. Stück des Reichs-Gesetzblattes ausgegeben und versendet.

Dasselbe enthält unter Nr. 20. Die Verordnung der Ministerien des Innern und der Justiz vom 2. Februar 1855 — wirksam für das Königreich Ungarn, die serbische Wojwodschafft und das Temeser Banat — die Einführung einer Instruktion über die innere Einrichtung und die Geschäftsordnung der Arbarial-Gerichte betreffend.

Wien, 8. Februar 1856.  
Vom k. k. Redaktionsbureau des Reichsgesetzblattes.

## Nichtamtlicher Theil.

### Ueber die Graz-Köflacher Eisenbahn- und Bergbaugesellschaft.

Mit dem soeben eintretenden Beginn dieser wichtigen und gemeinnützigen Unternehmung fügt sich wieder ein neues Glied in der Kette jener mannigfachen industriellen Unternehmungen, die eine blühende Aera der materiellen Interessen Oesterreichs herbeiführen werden. Die a. h. Privilegiums-Urkunde v. 26. August 1855 ertheilte der Voitsberg-Köflacher-Lankowitzer Steinkohlgewerkschaft Gesellschaft das ausschließliche Recht zum Baue einer Lokomotivbahn von Graz nach Köflach und zum Betriebe derselben für den Personen- und Sachentransport auf die Dauer von achtzig Jahren. Die Ausführung des Unternehmens ist nunmehr so nahe gerückt, daß die Termine der bei dem Großhandlungshause J. G. Schuller & Comp. stattfindenden Subskription in Kürze werden

kündgemacht werden. Der erforderliche Fond von 3.200.000 fl. B. W. wird mittelst einer Emission von 16.000 Stück Aktien à 200 fl. B. W. herbeigeschafft.

Wir hegen die feste Ueberzeugung, das Unternehmen werde unverweilt sich in blühendster Weise entfalten. Die wichtigsten der hiefür sprechenden Gründe wollen wir in Folgendem kurz und übersichtlich zusammenfassen:

1. Der technische Werth der Köflacher Voitsberger Kohle ergibt sich daraus, daß sie bei ihrer Verbrennung nur circa 3,43 Prozent Asche und 13,68 Prozent Wasser gibt, und außerdem ganz schwefelfrei ist; sie eignet sich nicht bloß zur Zimmerheizung, zum Ziegel- und Kalfbrennen, sondern auch zur Dampfkesselfeuerung und zum Puddeln.

2. Die im dortigen Kohlenrevier von der Hand der Natur niedergelagerten Vorräthe sind unerschöpflich, und dürften für den Bedarf von Jahrhunderten selbst bei einer bis jetzt noch kaum geahnten Entwicklung der vaterländischen Industrie ausreichen.

3. Die Absatzkanäle, welche sich dieser Kohle durch die Erbauung der in Rede stehenden Eisenbahn öffnen, sind: die Landeshauptstadt Graz, die nahe liegenden, sehr ansehnlichen steirischen Eisengewerke, die südliche Staatsbahn mit der Verbindung bis zum Meere, endlich die Residenz Wien.

4. Aus den mit Genauigkeit entworfenem Rentabilitätsausweise läßt sich ersehen, daß der Zentner Kohle nach Graz um 14, nach Wien um 39 kr. gestellt werden kann.

5. Die hiedurch erzielte Preisermäßigung eines Artikels, der mit Recht die Seele der Industrie und ein Lebensbedürfnis ersten Ranges genannt werden kann, wird nicht verschlen, dem dortigen Bergbaue, wesentlich aber auch der darauf basirten Eisenbahnen-entrepris mächtigen Schwung zu verleihen.

6. Mit hoher Wahrscheinlichkeit möchte daher präliminirt werden, daß von dem Reinertragnisse des Unternehmens der Aktionäre nebst vorläufiger fünfprozentiger Verzinsung noch eine Superdividende von 4 bis 7 Prozent werde ausbezahlt werden können.

7. Die Kohlenflöße des Reviers können zum größten Theile und für lange Zeit hinaus durch einen äußerst billigen Tagbau abgebaut werden, eine Preissteigerung der Kohle ist demnach von Seite des konsumirenden Publikums nicht zu befürchten.

8. Dem Lokomotivbetriebe der Bahn kommt die Wohlfeilheit der im Revier selbst erzeugten Kohle, die hiefür nur mit 3 kr. per Zentner veranschlagt werden konnte, wesentlich zu Statten.

9. Der Umstand, daß auf der Bahn vorzugsweise nur drei schwer ins Gewicht fallende Artikel: Holz, Eisen, Kohle verfrachtet werden, sichert ihr eine Einfachheit des Betriebes, wodurch sie jener mannigfachen kostspieligen Einrichtungen entbehren wird, die ein vorwiegender Personentransport bedingt.

Die hiermit aufgeführten Momente dürften zur Genüge darthun, daß diesem Unternehmen eine erfreuliche Zukunft bevorsteht. Es verheißt, einen wichtigen national-ökonomischen Zweck zu erfüllen, indem es den Preis eines hochwichtigen Materials reduziert, und somit eine Ersparniß am Nationalkapital andern nützlichen Zwecken zustießen macht.

Das hohe Interesse, welches die Sache den Kohlgewerkschaften einflößen muß, bewirkt einen festen Zusammenhang zwischen der Bahnunternehmung und dem dortigen Kohlenbaue, beide Elemente bedingen und

fördern sich wechselseitig. Aus diesem Grunde dürfte nur ein Theil der Aktien auf den allgemeinen Markt gelangen, dieser jedoch ohne Zweifel raschen Absatz finden.

Wer nähere, eingehende Belehrung wünscht, nehme Einsicht von einer dießfalls erschienenen Druckschrift, welche, sowie die Gesellschaftsstatuten, bei dem Hause J. G. Schuller & Comp. zu bekommen ist. (Oest. Corr.)

## Oesterreich.

Wien. Dem Vernehmen nach befinden sich gegenwärtig Industrielle aus Siebenbürgen in Wien, welche betreffenden Orts über die Ausführung einer Kronstadt-Bukarester Bahn unterhandeln. Ein Zweig dieses Schienenwegs soll von Buzeo nach Braila an die Donau geführt, und von dort bis Barna verlängert, den Orient mit dem Abendlande in Verbindung bringen. Diese Bahn dürfte die Konkurrenz der Belgrad-Sophia-Konstantinopler Linie schwerlich zu scheuen haben, da sie nicht durch halb barbarische Provinzen wie jene, sondern längs der reichen Handelsstationen der untern Donau und der westlichen Pontusflüsse hinläuft, und zugleich eine kürzere Route bildet. Die verschiedenen thessalischen und bulgarischen Nebenlinien, welche die Stambul-Belgrader Bahn rentabel machen sollen, würden hier durch moldauische und südrussische Verbindungen mehr als reichlich aufgewogen.

Schon vor längerer Zeit verlautete, daß die Vorschriften bezüglich der Stellvertretung eine das Interesse des Mannes und des Staates gleich fördernde Umgestaltung erfahren sollten. Wie es heißt, ist dieß nun erfolgt und wird hiernach der für den Stellvertreter zu erlegende Betrag, nicht wie bisher, im Allgemeinen, sondern nach den Kronländern fixirt und bei den Staatsdepositenkassen fruchtbringend angelegt werden. Nach vollendeter achtjähriger Dienstzeit erhält der Stellvertreter Kapital und Interessen zur Hand und wird in die Lage versetzt, sich eine neue Existenz zu gründen. Damit aber auch der Armee Genüge geleistet wird, werden künftig zweimalige Kapitulanten nicht mehr als Stellvertreter angenommen.

Kaiser Napoleon I. hatte zur Erinnerung an die Zeit, die er als schlichter Offizier zu Valence zugebracht, der Kathedrale dieser Stadt ein reiches, schwarzes Priestergewand, zum Gebrauche bei Trauerfeierlichkeiten, zum Geschenke gemacht. Da dasselbe bei der Passage der Leiche des Marschalls St. Arnaud durch Valence sich als abgenutzt und nicht mehr zweckentsprechend erwies, so wandte sich der hochw. Bischof von Valence mit einem Gesuche an Napoleon III. und unterrichtete ihn von dem traurigen Zustande, in dem sich das Geschenk seines Oheims befände. Dieß Gesuch fand bei dem Kaiser freundliche Aufnahme und er verehrte dem Bischof ein neues Trauergewand, das noch kostbarer ist als das erste, und dessen Werth auf 20.000 Franken geschätzt wird.

Die Schüler und Verehrer des kürzlich in Göttingen verstorbenen Professors Karl Friedrich Hermann werden in Einem von einer Anzahl dem Verbliebenen befreundeter Gelehrten zu Beiträgen aufgefordert, um dem Andenken dieses um die Wissenschaft so hoch verdienten Mannes ein Denkmal zu stiften. Es wurde zu diesem Zwecke die Anstellung seiner Marmorbüste in dem historischen Saale der Univer-

stätsbibliothek zu Göttingen beschaffen. Ein Autographon Hermann's, so wie ein Verzeichniß sämtlicher Beitragenden wird in dem Piedestal der Büste hinterlegt werden.

— Der von der Görzer Ackerbaugesellschaft veröffentlichte Kalender für das Jahr 1856 gibt den Beweis für die Erwerbsfähigkeit der jüdischen Gemeinde von Görz und für den im Verhältnisse zum christlichen Besitzstande sehr bedeutenden Beitrag zu den Grundsteuern des Staates, indem aus einer tabellarischen Uebersicht sich ergibt, daß die von Israëliten im Görzer Kreise erworbenen Grundstücke den beträchtlichen Werth von 1,241,381 fl. 28 kr. darstellen.

— Ihre Majestät die Kaiserin Maria Anna haben zum Baue einer neuen Marienkirche in Padua 1000 fl. und Sr. kaiserliche Hoheit der durchlauchtigste Herr Erzherzog Ferdinand Max zu demselben Zwecke 150 Lire in klingender Münze zu spenden gerührt.

— Se. M. der König Oskar von Schweden geruhten in das Adels-Album des Museums in Innsbruck folgende Zeilen eigenhändig einzuschreiben:

„Durch Geist, Treue und Beharrlichkeit hat Er das Mißgeschick in glänzende Siege verwandelt; seine Kraft verjüngt ihn im spätesten Alter und den Tod selbst wird Er vernichten durch die Unsterblichkeit seines Ruhmes.“ Oskar.

— Der Sultan hat den österreichischen Aerzten und besonders der Wiener Schule einen neuen Beweis seines Vertrauens gegeben; er ordnete an, daß nach dem Abgange des Professor Nigler, welcher sich im Frühjahre an seine neue Bestimmung in Graz begeben wird, die von ihm eingenommene Stelle an der medizinischen Schule in Konstantinopel wieder von einem aus Wien zu berufenden Arzte besetzt werde.

— Folgende Aufmunterung für Gewerbs- und Handelsfreiheit lesen wir in der „N. Z.“: „Wollen Sie eine reiche Provinz erobern? Cultiviren Sie Ihre schlechteste.“ Rußland hätte durch Befolgung dieser Lehre den jetzigen Krieg und die ungeheuren Verluste vermieden. Aber es hätte dann auch andern Grundätzen folgen müssen, als denjenigen, welche seit 30 Jahren maßgebend waren. Es hätte, statt seine Angehörigen in Rußland gleichsam einzusperrern, denselben gestatten müssen, die Cultur des Westens kennen zu lernen; es hätte die Einwanderung kenntnißreicher und thätiger Ausländer erleichtern und den Handel freigeben müssen, um der Bevölkerung einen vortheilhaften Austausch der Erzeugnisse möglich zu machen; es hätte die bürgerlichen Verhältnisse regeln müssen, um das Erworbene vor Erpressungen und Bevortheilungen zu sichern! Preußen hat eine Eroberung der Art gemacht, die ein Paar Königreiche aufwiegt, indem es in 37 Jahren seine Bevölkerung um 7 1/2 Mill., um 64 Prozent, vermehrte. Und wodurch? Nächst dem Frieden, der überall die Menschenzahl vermehrte, wenn auch nicht in solchem Maße (in Baiern nahm die gewerbtreibende sogar bedeutend ab) zunächst doch wohl nur durch die Gewerbsfreiheit und durch den Zollverein. Die Gewerbsfreiheit gab dem Zuwachs der Bevölkerung die Möglichkeit, sich auf die passendste und einträglichste Art zu ernähren, ohne im Kampf gegen Zunftrechte Zeit und Kapital zu verlieren, ohne in Abwartung der Entscheidung der Behörden zu verkrüppeln. Sie veranlaßte zugleich viele thätige Fremde, die in der Heimat ihre Geschicklichkeit nicht anwenden durften, nach Preußen zu gehen. Der Zollverein gab dem Absatz ein weites Feld, und ein um so ergiebigeres, als viele Theile desselben sich nicht gleich guter Geseße, gleich freier Thätigkeit erfreuten, der industrielle Kampf daher ein immenser Vortheil natürlich auf Seite der ersten. Es sind dieß Thatfachen, einer sehr ernsten Beachtung werth, und deren nicht geahnte Höhe und Tragweite statistische Berechnungen nachweisen.

— Herr Lesseps hat von Alexandrien aus nachstehende Einladung erlassen:

„Die internationale Kommission für den Durchsich der Landenge von Suez, bestehend aus den H. Paleocapa, Conrad, Negrelli, Mac-Clean, Mendel, Harry Hewet, Renaud, Lenge und Clouston, wird

binnen zwei Monaten in London zusammentreten, um das Programm der vorzunehmenden Arbeiten zu erörtern und festzustellen. Diejenigen, welche bei dieser Gelegenheit Pläne vorzulegen oder Vorschläge zu machen geneigt sind, werden ersucht, sich an Herrn Barthelemy Saint Hilaire, Mitglied der Akademie und Generalsekretär der allgemeinen Gesellschaft für den Suez-Kanal — rue Richemans, Nr. 9 à Paris — zu wenden.

Alexandria, 15. Jänner 1856.

Ferdin. v. Lesseps.

Triest, 8. Februar. Der erste Vize-Präsident des Gemeinderathes, Herr C. Ritter v. Minerbi, legte als Direktor der Kleinkinderbewahranstalt an der alten Schranke, am 1. Februar Rechnung über das Gebaren dieses trefflich geleiteten Institutes bis zum Schlusse des Jahres 1855, aus welcher erhellt, daß das Vermögen der Anstalt, welches am 28. April 1845 51,500 fl. betrug, sich trotz der vermehrten Zahl der Kinder (250 statt ursprünglich 200), der Lebensmitteltheuerung und der erhöhten Miethe fast gleich geblieben ist, und zuletzt noch in 51,148 fl. 47 kr. bestand, wovon 47,575 fl. auf Grundstücke sichergestellt sind und der Rest den Kassastand bildet. — Die fernere Leitung wurde wieder Herrn Ritter v. Minerbi und Herrn Dr. Kandler übertragen. — Die zur Rechnungsübernahme eingeladenen Wohlthäter der Anstalt drückten Herrn von Minerbi für seine erprießlichen Leistungen zum Wohle derselben ihre volle Anerkennung aus. (Triester Ztg.)

## Montenegro.

Von der montenegrinischen Grenze wird der „Agr. Ztg.“ unterm 30. Jänner geschrieben: „Bei der am 27. d. M. stattgefundenen Abreise des Fürsten Daniel nach Triest, wobei aus Böllern und Gewehren Salven gegeben wurden, ereignete sich ein großes Unglück, welchem verschiedene Versionen gegeben werden. Es wurde nämlich während der Salven der Serdar der Niečka'er Nahie, Sava Gurašković, in dem Augenblicke, als er auf dem Plage in der Nähe des fürstlichen Hauses ritt, erschossen. Der Schuß kam aus einem Fenster des besagten Hauses, und geschah durch einen Diener des Fürsten; man schreibt dieß einem Zufalle zu. Der Erschossene wird allgemein beweint; er war jung und gut, gehörte einer der ansehnlichsten Familien von Montenegro an, und den Titel des Serdar's erbt er von seinem Vorfahren; er gehörte nicht zum Senate und diese Ausschließung machte ihn stets melancholisch.“

## Deutschland.

Frankfurt, 6. Februar. In der Sitzung vom 31. v. M. beschäftigte sich die Bundesversammlung, nach Erledigung einiger laufenden Geschäfte, mit der Frage über die Bedeutung der Eisenbahnen für die Wehrhaftigkeit des deutschen Bundes. Die Bundesversammlung hatte nämlich bereits vor zehn Jahren diese Frage namentlich in Hinsicht auf die bewegenden Kräfte und die Festungen ins Auge gefaßt und demzufolge die Militärkommission aufgefordert, diesem Gegenstande ihre besondere Aufmerksamkeit zu schenken. Seitdem hat die zunehmende Wichtigkeit und Ausbreitung der Eisenbahnen die Versammlung veranlaßt, diesen Gegenstand wieder aufzunehmen und zunächst durch Beschluß vom 4. August 1853 die hohen Bundesregierungen um Einsendung der erforderlichen Notizen über die Eisenbahnen auf ihrem Gebiete, so wie um Mittheilung der bereits in diesem Betreff gemachten Erfahrungen zu ersuchen. Das in Folge dieses Beschlusses eingekommene reichhaltige Material hat nun die Militärkommission in einer Generalübersicht der deutschen Eisenbahnen zusammengestellt und hieran ein ausführliches Gutachten über die Benützung der Eisenbahnen zu militärischen Zwecken geknüpft, an dessen Schlusse einestheils hervorgehoben wird, was in dem gegenwärtigen Zustande der deutschen Eisenbahnen dieser Benützung in ausgedehnterem Maße hindernd oder doch beeinträchtigend entgegentritt und andertheils das Hauptächlichste dessen kurz zusammengefaßt ist, was militärischer Seits eine besondere Beachtung verdient. Auf den über diese Vorlage von dem Militärausschusse erstatteten Bericht hat

nun die Bundesversammlung nach vorgängiger Erörterung dem gestellten Antrage gemäß beschloffen: die hohen Regierungen zu ersuchen, den bezüglich der militärischen Benützung der Eisenbahnen von der Militärkommission aufgestellten Punkten Berücksichtigung gewähren und auch fernerhin die hierauf bezüglichen Erfahrungen und Notizen, welche für die Wehrhaftigkeit des deutschen Bundes vom Interesse sind, zur Kenntniß der Bundesversammlung bringen zu wollen.

† Im „Dresdener Journal“ lesen wir Folgendes: „Ueber die jüngst stattgefundene Anwesenheit des Herrn Staatsministers v. Beust in Berlin finden wir in verschiedenen Zeitungs-Korrespondenzen Andeutungen, mit denen wir uns nur in so weit zu beschäftigen für berufen halten, als wir diejenige Ansicht als in geradem Widerspruche zur Wahrheit stehend bezeichnen können, welche dahin geht, als habe Herr Minister v. Beust bei den dort gepflogenen Berathungen bezüglich der bevorstehenden Berathungen am Bundestage es sich zur Aufgabe gemacht, einer Annäherung Preußens an die Anträge Oesterreichs entgegenzuwirken.“

## Frankreich.

Paris, 6. Februar. Gestern Nachts fanden in Paris und den Banlieus 817 öffentliche Bälle Statt, die von 300,000 Menschen aus allen Ständen besucht wurden. Außerdem zählte man noch an 300 Privatbälle. Obwohl die Musiker in Paris nicht eben selten sind, mußten doch die Kollegen aus der Provinz und die Militärmusiken aushelfen.

Man hat im Industriepalaste bereits mit Aufstellung der von den Ausstellern geschenkten Gegenstände, welche zum Besten der Hinterlassenen und Verwundeten der Orient-Armee ausgespielt werden sollen, begonnen. Man schlägt den Werth dieser Gegenstände auf mehr als eine halbe Million Franken an. Das Los wird wahrscheinlich 1 Fr. kosten.

## Großbritannien.

London, 5. Februar. Dem Berichte Sir John Mac Neills und des Obersten Tulloch, die bekanntlich von Lord Panmure als Kommissarien in die Krim geschickt wurden; theils, um den Zustand der Armee, theils, um die Ursachen der Entbehrungen zu untersuchen, die das Heer im Winter 1854 auf 1855 zu ertragen hatte, entnehmen wir Folgendes:

„Die Kommissäre erklären es zunächst für ihre Pflicht, auf die unverzeihliche Haltung der Armee während dieser Unglücksperiode hinzuweisen. Es müsse bezweifelt werden, daß der ganze Verlauf der englischen Geschichte ein ähnliches Beispiel festen und unerschütterten Ausharrens der Armee darbiete. Die musterhafte Haltung der Soldaten sei zugleich der schlagendste Beweis für die Trefflichkeit der Offiziere, die stets bereit gewesen, sich denselben Entbehrungen zu unterziehen, wie die Gemeinen. Eine Belagerung wie die von Sebastopol sei freilich ohne große Verluste, ganz abgesehen von den Getödeten und Verwundeten, nicht denkbar gewesen; die Anhäufung von Hundertausenden, noch dazu unter ungünstigen Territorial- und Witterungsverhältnissen, werde stets Krankheit und Sterblichkeit im Geleite haben; aber die Zahl der durch Krankheit erfolgten Todesfälle gehe doch weit über jedes entsprechende Maß hinaus und die britische Armee habe vom 1. Oktober 1854 bis zum 30. April 1855 35 pCt. ihrer Gesamtstärke verloren. Die Ursachen dieses traurigen Resultates seien in Ueberanstrengung, in Mäße, Kälte, schlechter Nahrung, unzureichender Kleidung und überhaupt in unzureichendem Schutz gegen eine rauhe Witterung zu finden. Alle diese Mängel hätten zum großen Theil ihren Grund wiederum in dem Mangel eines ausreichenden und wohlorganisirten Landtransports gehabt. In Folge der schlechten Kommunikation hätten die Leute über Gebühr und über ihre Kraft zu arbeiten gehabt. Brennmaterial habe gefehlt und dieser Mangel habe wieder ein ordentliches Kochen und Zubereiten der Speisen unmöglich gemacht. Auch andere, vom Landtransport unabhängige Entbehrungen hätten sich hinzugesellt und das Fehlen von frischem Fleische, von Vegetabilien und frischgebackenem Brod, besonders

auch der gänzliche Mangel an Heu und Stroh, von dem oft nicht genug da gewesen wäre, um den Kranken eine Matrage zu machen, habe dieß hohe Maß von Sterblichkeit verursacht. Der Mangel dieser beiden letzten Artikel (Stroh u. Heu), sowie verschiedene andere Ursachen hätten auch dahin gewirkt, daß unter Pferden der Kavallerie und Artillerie ein Abgang stattgefunden habe, der über jene 33 pCt. unter den Mannschaften noch hinausgegangen sei. Von 1053 Pferden der schweren Kavallerie seien 493, von 1161 der leichten Kavallerie 439 und von 2832 der Artillerie 1190, im Ganzen also 42 Prozent verendet. Die Verluste der direkt zum Kommissariat und Landtransport gehörigen Pferde seien auffallender Weise nicht ganz so hoch gewesen und hätten 38 pCt. nicht überstiegen.“

Der Bericht wendet sich in seinem Schluß schließlich dem Kommissariat zu und sagt von diesem, daß, wenn auf der einen Seite das stattgehabte Unglück ihm größtentheils zugeschrieben werden müsse, auf der andern Seite doch nicht zu läugnen sei, daß die ungewöhnliche Natur der Verpflichtungen und der Umstand, daß die Krim selbst nichts geboten habe, als Wasser und etwas Brennholz, die Aufgabe der betreffenden Beamten zu einer überaus schwierigen gemacht habe. Ein Mann von umfassendem Geiste, der die Kraft gehabt hätte, neu zu organisiren, würde freilich erkannt haben, daß das einzige Mittel, Vorräthe aus der Türkei heranzuziehen, das gewesen wäre, sich des guten Willens und der Unterstützung der britischen Konsuln in den verschiedenen Provinzen und Städten des türkischen Reiches zu versichern. Auf diesem Wege würden alle die Hilfsquellen flüssig gemacht worden sein, deren Existenz man damals überhaupt bezweifelte und die sich nachträglich doch als vorhanden gezeigt haben. Daß ein solches organisatorisches Talent gefehlt habe, sei freilich zu bedauern, aber es sei nichtsdestoweniger unbillig, die Forderung zu stellen, daß ein nach vielsährigen und erprobten Diensten an die Spitze solchen Verwaltungsbezuges berufener Mann nothwendig jene höheren administrativen Fähigkeiten an den Tag legen müsse, die, wenn sie dagewesen wären, freilich viel Unheil vermieden haben würden.

London, 7. Februar. Im Unterhaus zeigt Mr. Layard seine Absicht an, am Donnerstag den Bericht Sir J. M. Neill's und des Oberst Tulloch über die Zustände der Krim-Armee im Winter 1855 zur Sprache zu bringen. Mr. H. Baillie fragt, ob der Premier etwas dagegen habe, die diplomatische Korrespondenz mit Preußen wegen der Werbungsversuche in Deutschland und der Verhaftung des Konsuls Curtis, und eben so die Korrespondenz mit den Hansestädten vorzulegen? Lord Palmerston: Ich habe allerdings viel dagegen. Die britische Regierung hatte Grund zu glauben, daß die gegen Mr. Curtis erhobenen Beschuldigungen sich nicht auf glaubwürdige Aussagen stützten. Es wurde darauf recht viel mit Preußen korrespondirt. Darauf folgte der Prozeß und die unserer Meinung nach ungerechte Verurtheilung von Mr. Curtis in Köln; aber wir konnten natürlich nicht verlangen, daß die preußische Regierung unserer Meinung huldige, da sie berechtigt war, dem Urtheil ihrer eigenen Gerichte Vertrauen zu schenken. Nichtsdestoweniger hat der König von Preußen aus Artigkeit gegen Ihrer Majestät Regierung Mr. Curtis begnadigt, sobald das Endurtheil gefällt war. Da die Unterhandlungen zu einem befriedigenden und gütlichen Abschluß gelangt sind, so denke ich, daß aus der Vorlegung der Papiere kein öffentlicher Vortheil, sondern eher das Gegengesetzte erwachsen würde (hört, hört!). Was den andern Theil der Frage betrifft, so hat wirklich keine Korrespondenz über den Gegenstand stattgehabt. Es wurden der Hamburger Regierung auf Anlaß der Werbungen Vorstellungen gemacht und sie richtete an Obersten Hodges eine Mittheilung, allein dieselbe bedurfte keiner Erwiderung. Fünf oder sechs Personen wurden in Hamburg wegen gesetzwidriger Anwerbung vor Gericht gestellt und schuldig gesprochen, aber dem britischen Generalkonsul kam keine Mittheilung deshalb zu und es ist über den Gegenstand gar

nichts vorzulegen (hört!). Kapitän Scobell (Liberal, für Bath) beantragt einen Sonderausschuß zur Untersuchung des Systems der Flottenverwaltung. Er wünscht dieselbe Beförderungsgregel für Adeliche und Bürgerliche. Er ist gegen die bürgerlichen Mitglieder des Admiraltätsamts. Wenn ein Soldat an der Spitze der Armee stehen müsse, so sollte auch ein Seemann die Marine leiten. Er verlangt die Erhöhung des Matrosensoldes und eine größere Einschränkung im Gebrauch der Peitschenstrafe; endlich sollten Matrosen so gut wie Soldaten Handgeld bekommen, damit die Bemannung der Flotte nicht aus zu viel Landratten bestehe. Admiral Walcott sekundirt. Sir E. Wood bestreitet die Existenz der meisten Beschwerdegründe, welche Kapitän Scobell vorgebracht, und macht bemerklich, daß man, anstatt den Matrosen ein Paar Pfund Handgeld zu geben, in dauernder Weise für ihre Zukunft Sorge, weshalb es auch nie an Leuten für die Flotte fehle. Daß das Verdienst hintangesezt werde, sei nichts als Einbildung. Am besten aber zeige die im Krieg bewiesene Tüchtigkeit der Flotte, namentlich, was sie im azow'schen Meer geleistet, wie völlig unbegründet die Motion sei.

Sir E. Napier (der mit allgemeinem Beifall begrüßt wird) behält sich seine eigene Motion über den Gegenstand bei Vorlegung des Marine-Budgets vor und freut sich zu hören, daß bei dem jetzigen ersten Lord der Admiraltät das Verdienst Alles gelte. Es sei etwas ganz Neues, denn seit Menschengedenken wisse man es nicht anders, als daß die Admiraltät ihr Stellenvergebungsrecht zu politischen Zwecken verwendet. Indem er darauf die Handgeldfrage bespricht, wiederholt er, daß seine Offizierflotte Anno 1854 schlecht bemant war und wer weiß, wie es ihm ergangen wäre, wären die Russen ausgelaufen. Man möge die Aeußerung unpolitisch nennen, aber die Wahrheit zu sagen, sei gelegentlich die beste Politik. An Bord des „Rile“ habe der Kapitän beim ersten Gottesdienst die Entdeckung gemacht, daß er lauter Veteranen an Bord hatte; denn beim Kommando, die Mützen abzunehmen, zeigte sich, daß alle Matrosen kahlköpfig waren und Brillen aufsetzten. (Gelächter.) Vier Wochen später war die Bemannung freilich eingeeübt. Die Motion wird mit 171 gegen 80 Stimmen verworfen. Die hauptstädtische Polizei-Bill geht durch's Comité.

Der „Globe“ übersetzt einen Artikel der Berliner „Zeit“ für die Zuziehung Preußens zu den Friedenskonferenzen, will aber die Gründe des Plaidoyers nicht als stichhaltig gelten lassen. Der angeführte völkerrechtliche Grund, daß Preußen Mitunterzeichner des Vertrags von 1841 sei, welcher durch die Pariser Berathung wesentliche Modifikationen erleiden werde, falle bei einem Blick auf die Thatfachen zu Boden, denn der Vertrag von 1841 sei mehr als modifizirt, er sei zerrissen und könne seit Ausbruch des Krieges nicht mehr als rechtsbestehend angesehen werden. Die Zulassung Preußens habe mir von seinem eigenen Willen abgehungen. Es habe ihm an der Zuziehung nichts gelegen, jetzt aber sei diese keine offene Frage mehr.)

### Spanien.

Die Cortes genehmigten am 30. Jänner nach kurzen Debatten einen Besetzungswurf, durch welchen, dem Güterverkaufs-Gesetze gemäß, die dem Kriegsministerium und den festen Plätzen angehörigen entbehrlichen Grundstücke zum Verkaufe bestimmt werden. Eine ziemliche Anzahl von Städten wird durch die Ausführung dieses Gesetzes aus der Reihe der Festungen verschwinden; die aus dem Verkaufe der betreffenden Grundstücke erwachsenden Geldebeträge sollen theils zur Verstärkung der Festungen, die man als solche beibehalten wird, theils zur Vermehrung und Ausrüstung der Flotte verwandt werden.

### Dänemark.

Kopenhagen, 2. Februar. Unterm 28. Jänner ist ein königlicher offener Brief, betreffend die Ausfertigung neuer Bestellungen für alle Beamten erschienen, in welchen diese verpflichtet werden sollen,

sowohl die Verfassungsgesetze der Monarchie, als die der einzelnen Landestheile zu halten. In den Bestellungen für die Militärs wird hinzugefügt: „unweigerlich sich in unseren Diensten zu Wasser und zu Lande brauchen zu lassen und als ehrliebender (Seemann und) Kriegsmann sein Leben und sein Blut zu wagen.“

Heute hat eine Sitzung der Sundzollkonferenz auf Amalienburg stattgefunden.

Der vom Bundesrath der Bundesversammlung vorgelegte Nachtrag zum Eisenbahngesetz soll daselbe in zweierlei Hinsicht ergänzen: ein Mal soll dieß Gesetz die fiskalischen Rechte, die dem Bunde gegenüber den Eisenbahnen zustehen, bestimmter als es bisher der Fall war, normiren; dann aber soll es auch die militärischen Interessen der Eidgenossenschaft wahren gegenüber dem Ausland, deßhalb die Bestimmung: „daß sowohl bereits konzedirte als erst noch zu konzedirende Eisenbahnen nicht mit auswärtigen Bahnen verschmolzen oder an solche veräußert und daß der Sitz der Verwaltung schweizerischer Bahnen nicht in's Ausland verlegt werden darf.“ Der Ständerath hat dieses Ergänzungsgesetz verworfen und der Nationalrath wählte nur eine mildere Form, indem er daselbe behufs „reifeherer Erdauerung“ an den Bundesrath zurückwies. Auch in der Berathung des Neuenburger Bahn-Konflikts zeigte sich bei der Versammlung eine große Ermüdung und sie beschloß Verschiebung der Debatte. Der Ständerath debattirt schon mehrere Tage den Westbahn-Konflikt, ist aber noch zu keiner Abstimmung gekommen.

Aus Kopenhagen wird gemeldet, daß dort am 29. Jänner wieder eine Sitzung der Bevollmächtigten der Sundzoll-Konferenz stattgefunden hat, auf welcher die dänische Regierung eine neue Vorlage über die Vertheilung des Kapitals zur Ablösung des Sundzolles dargelegt habe. Die Sitzung wurde ohne weitere Erörterung nach Empfang des Aktensückes geschlossen.

### Rußland.

Warschau, 5. Februar. Gestern um 10 1/2 Uhr des Morgens wurden die sterblichen Reste des Feldmarschalls Fürsten von Warschau von dem Schloßsaale nach der Schloßkapelle übertragen. Bei dieser Trauerfeierlichkeit waren die hohen Militär- und Zivilbeamten, so wie die russische Geistlichkeit stark vertreten. Der Sarg wurde von den vornehmsten Personen bis zur Schloßkapelle auf den Schultern getragen; den Deckel des Sarges trugen die Offiziere von dem Kosaken-Regimente, welches bei Lebzeiten des Fürsten seine Leibwache bildete. Nachdem der Sarg in der Kapelle aufgestellt war, hielt der Erzbischof von Warschau und Nowogeorgiewsk, Arsenius, ein Todtenamt ab. Wie verlautet wird die sterbliche Hülle des Fürsten nach der russischen Dreifaltigkeitskirche gebracht und von dort nach den Besitzungen des hohen Verstorbenen (nach Homel? D. N.) geschafft werden, wo sie in der Familiengruft beigesetzt werden soll. — Gestern kamen aus Wien der österreichische General v. Parrot und eine Deputation von Offizieren hier an, um im Namen der österreichischen Armee dem verstorbenen Fürsten die letzte Ehre zu erweisen.

### Telegraphische Depeschen.

Paris, 10. Februar. Der „Moniteur“ bringt ein kais. Dekret, womit die Kammern auf den 3. März zusammenberufen werden. Bezüglich der Studentenumruhen in der Sorbonne sind die gerichtlichen Urtheile erflossen; 10 Studenten sind zu 6, drei zu einmonatlicher Haft verurtheilt worden.

Florenz, 9. Februar. Fürst Andra Corsini ist auf sein eigenes Ansuchen von dem Posten eines Minister-Staatssekretärs der auswärtigen Angelegenheiten enthoben und der Ministerpräsident Balfasseroni interimistisch damit betraut worden.

Napel, 4. Februar. Der französische „Credit mobilier“ beabsichtigt, hier eine Filiale zu errichten. Baron Rothschild habe der Eisenbahngesellschaft 630.000 Dukati zur Fortsetzung der Bauten bis Salerno bewilligt.

